

Blick in die Welt

Autor(en): **Bührer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **265 (1986)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-376572>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Welt

Von Dr. Walter Bühler, Trogen

Als die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden westlichen Industrienationen Anfang Mai 1985 in Bonn zu ihrem elften *Wirtschaftsgipfel* zusammentrafen, gingen sie einmal mehr die feierliche Verpflichtung ein, «zur Schaffung einer Welt beizutragen, in der allen Völkern die Segnungen des Friedens, der Freiheit und Gerechtigkeit sowie der Freiheit vor Unterdrückung, Furcht und Not zuteil werden». Solchen Beteuerungen zum Trotz hatte sich freilich das Gefälle zwischen arm und reich auf der Erde seit dem ersten Weltwirtschafts-Gipfeltreffen vor zehn Jahren in keiner Weise vermindert. Laut FAO war die Zahl der Hungernden und Unterernährten inzwischen sogar noch weiter angestiegen — auf über 800 Millionen Menschen (bei einer Weltbevölkerung von rund 4,8 Milliarden). Die schieren Dimensionen des *Ernährungsproblems* (und wohl auch die ernüchternden Ergebnisse der Entwicklungshilfe) haben in den Überflussländern verbreitet Resignation aufkommen lassen; den Bestrebungen, den unwürdigen Zuständen in vielen Ländern der Dritten Welt zu Leibe zu rücken, stellen sich immer häufiger Zweifel entgegen, ob Spenden und Hilfslieferungen auch tatsächlich an ihren Bestimmungsort gelangen und ob sie nicht in manchen Fällen sogar eine gegenteilige Wirkung ausüben.

Als jedoch im Oktober 1984 das Ausmass einer *Dürrekatastrophe* bekannt wurde, von der grosse Teile Afrikas und namentlich *Äthiopien* heimgesucht wurden, löste dies für einmal unmittelbare Betroffenheit aus: Fernseh- und Pressebilder führten mit seltener Eindringlichkeit vor Augen, wie Hunderttausende — nach äthiopischen Angaben über 7 Millionen — Menschen vom Hungertod akut bedroht waren. Obwohl schon bald nach Bekanntwerden der Tragödie erste Hilfstransporte in den Katastrophengebieten eintrafen, kamen sie für Tausende zu spät: Einer raschen Versorgung der Hungernden mit den allernotwendigsten Nahrungsmitteln standen nicht

nur schlechte Verkehrswege und administrative Engpässe entgegen; auch der *Bürgerkrieg* im Norden Äthiopiens erwies sich für eine wirksame Hungerhilfe als schweres Hindernis. Umstrittene Massnahmen wie die Umsiedlung von Dürreopfern in die fruchtbaren Gebiete des Landes oder die zwangsweise Rückführung von Flüchtlingen in ihre Herkunftsorte waren kaum dazu angetan, das Vertrauen in die Behörden in Addis Abeba zu erhöhen, zumal unter Experten kaum ein Zweifel darüber bestand, dass die Ursachen der Hungerkatastrophe eng mit dem von Äthiopien verfolgten *sozialistischen Kurs* zusammenhingen (wobei freilich anzumerken ist, dass neben Äthiopien 23 weitere afrikanische Länder mit insgesamt 120 Millionen Einwohnern von der Dürre betroffen waren).

Auch *Indien* wurde von einer beispiellosen Umweltkatastrophe heimgesucht: Aus einem Chemiewerk des US-Konzerns Union Carbide in der Stadt Bhopal entwichen am 3. Dezember 1984 15 000 Liter des hochgiftigen Gases Methyl-Isocyanat. Über 2500 Tote waren zu beklagen; rund 120 000 Menschen erlitten Vergiftungen und trugen teilweise bleibende Lungen- oder Augenschäden davon. Union Carbide sah sich in der Folge mit Schadenersatzforderungen in der Höhe von 80 Milliarden Dollar konfrontiert; darüber hinaus warf das Unglück von Bhopal die grundsätzliche Frage auf, inwieweit multinationale Konzerne sich in Drittweltländern — zwecks Kosteneinsparungen — über gängige Sicherheitsvorkehrungen hinwegsetzen.

Auch abgesehen von der Giftgaskatastrophe von Bhopal erlebte Indien eines der ereignisreichsten Jahre seit Erlangung der Unabhängigkeit (1947): Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen zwischen einzelnen Bundesstaaten und der Zentralregierung wurde Premierministerin *Indira Gandhi* am 31. Oktober 1984 von eigenen Leibwächtern in ihrem Garten in New Delhi ermordet. Die Attentäter gehörten der Religionsgemeinschaft der *Sikhs*



Vom Hunger bedrohte äthiopische Kinder in einem Flüchtlingslager — Ein Opfer der Giftgaskatastrophe von Bhopal (bestes Pressebild des Jahres 1984).

an, die sich damit auf blutige Weise für die Erstürmung ihres Hauptheiligtums, des Goldenen Tempels von *Amritsar*, durch indische Streitkräfte rächten. An der Zuspitzung des Sikh-Konfliktes war Indira Gandhi nicht gänzlich unschuldig gewesen, hatte sie doch lange Zeit die Autonomiebestrebungen der Sikhs im Bundesstaat Punjab hintertrieben. Als schliesslich Extremisten unter *Sant Jarnail Bhindranwale* eine Bomben- und Terrorkampagne entfalteten, um ihren Forderungen nach einem unabhängigen Sikh-Staat «Khalistan» Nachdruck zu verleihen, wurde der Einsatz von Bundestruppen unausweichlich: Der Sturm auf den Goldenen Tempel von Amritsar, wo sich Bhindranwale und seine Anhänger verschanzt hatten, endete am 6. Juni

1984 mit einem Blutbad, bei welchem angeblich weit über 1000 Menschen den Tod fanden.

Die Ermordung Indira Gandhis löste ebenfalls eine Welle der Gewalt aus: In verschiedenen Landesteilen kam es zu Ausschreitungen fanatisierter Hindus gegen Angehörige der Sikh-Gemeinschaft. Als *Rajiv Gandhi*, der seiner Mutter als Premierminister nachfolgte, mit Hilfe der Armee nach vier Tagen Ruhe und Ordnung wiederherstellen liess, waren dem Terror mehr als 1500 Menschen zum Opfer gefallen.

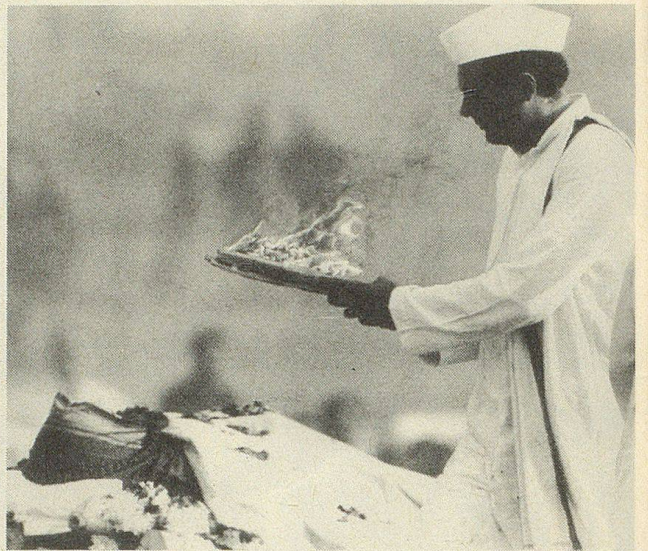
Obwohl Rajiv Gandhi nie zuvor ein Regierungsamt bekleidet hatte, zeigte er sich seiner neuen Aufgabe überraschend schnell gewachsen. Bei den *Unterhauswahlen* konnte die Kongress-Partei Ende Dezember sogar den

grössten Erfolg ihrer Geschichte (mit über 80 % der Mandate) feiern. Gandhis Anstrengungen, den Punjab-Konflikt zu entschärfen, blieb indessen — angesichts der Radikalisierung im Lager der Sikh-Aktivisten — vorerst der Erfolg versagt.

Auch im benachbarten *Sri Lanka* gelang es nicht, die Auseinandersetzungen zwischen singhalesischer Mehrheitsbevölkerung und tamilischer Minderheit beizulegen: Während tamilische Rebellen zu immer neuen Überfällen und Mordaktionen ausholten, waren die srilankischen Streitkräfte bei ihren Vergeltungsaktionen nicht immer zimperlich; insgesamt scheint sich der Konflikt im Berichtsjahr eher noch weiter zugespitzt zu haben.

Einen neuerlichen Machtwechsel erlebte auch der Kreml: Zum dritten Mal binnen 27 Monaten starb mit *Konstantin Tschernenko* ein sowjetischer Staats- und Parteichef nach längerer Krankheit. Mit der Wahl des 56jährigen *Michail Gorbatschow* zum neuen Generalsekretär der KPdSU vollzog sich nicht nur der seit langem fällige Generationenwechsel an der Kreml-Spitze; Gorbatschow schien auch die nötige Entschlossenheit und Dynamik mitzubringen, um Reformen im sowjetischen Machtgefüge und in der Planwirtschafts-Bürokratie durchzudrücken.

Schon vor Gorbatschows Machtantritt zeichnete sich im Verhältnis zu den USA ein Kurswechsel ab. Am Rande der UNO-Vollversammlung traf Aussenminister Gromyko mit US-Präsident Ronald Reagan zusammen, und nach zweitägigen intensiven Gesprächen Gromykos mit seinem amerikanischen Kollegen Shultz wurde am 8. Januar 1985 die Wiederaufnahme der *Genfer Abrüstungsverhandlungen* bekanntgegeben. Die Verhandlungen, bei denen gleichzeitig über Interkontinentalraketen, Mittelstreckenraketen und über Weltraumrüstung gesprochen werden sollte, begannen wie vereinbart am 12. März 1985 — nur zwei Tage nach Tschernenkos Tod. Mehrere Faktoren dürften zur sowjetischen Kehrtwendung beigetragen haben: erstens die Erkenntnis, dass der Verhandlungsboykott Moskau propagandistisch mehr geschadet denn genützt hatte; zweitens Reagans triumphale



Premierminister Rajiv Gandhi entzündet den Holzstoss mit dem Leichnam seiner ermordeten Mutter Indira Gandhi (Bild von den Trauerfeierlichkeiten am 3. November).

Wiederwahl, die den Kreml endgültig davon überzeugt haben dürfte, dass er es nicht mit einem Übergangspräsidenten im Weissen Haus zu tun hatte; und drittens die *Weltraum-Forschungspläne* der USA, welche in Moskau allem Anschein nach erhebliche Verunsicherung bewirkten. (Auch in Westeuropa überwog vorerst die Skepsis gegenüber dem amerikanischen «Star Wars»-Programm; Verteidigungsfachleute befürchteten davon nicht nur eine entstabilisierende Wirkung auf das System der gegenseitigen Abschreckung, sondern auch eine mögliche Abkoppelung Westeuropas vom amerikanischen Schutzschirm.)

Insgesamt blieben die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen indessen kühl und durch *gegenseitiges Misstrauen* belastet. Einer Annäherung stellten sich nicht nur Konfliktherde wie Afghanistan, Kambodscha oder Nicaragua in den Weg; auch der *Olympia-Boycott* durch sämtliche kommunistische Staaten (mit Ausnahme Rumäniens und Chinas) oder die *Erschiessung eines Majors* der US-Militärmission in Potsdam durch einen sowjetischen Wachtposten waren kaum dazu angetan, das Verhältnis zwischen den Supermächten zu verbessern.

Aussenpolitische Gesichtspunkte spielten indessen bei den amerikanischen *Präsidentenwahlen* vom 6. November 1984 nur eine untergeordnete Rolle. Der Sieg Reagans über seinen demokratischen Herausforderer Walter Mondale (der lediglich in der Bundeshauptstadt Washington und in seinem Heimatstaat Minnesota obenausschwang) war vielmehr dem wirtschaftlichen Aufschwung und der Tatsache zuzuschreiben, dass Reagan der amerikanischen Nation — zehn Jahre nach Vietnam und «Watergate» — zu neuem Zukunftsglauben und Selbstbewusstsein verholfen hatte.

Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Lage in *Zentralamerika*: Zwei Tage zuvor — am 4. November — hatten die in Nicaragua regierenden *Sandinisten* ihre Herrschaftsstellung in einem nationalen Referendum abzusichern versucht. Trotz ihres Wahlerfolges — der freilich durch den Boykott der wichtigsten Oppositionsgruppe geschmälert wurde — verminderten sich die Spannungen mit Washington nicht: Während Nicaraguas Regime den Aufbau seiner Streitkräfte mit sowjetischer und kubanischer Unterstützung vorantrieb, verschärfte die US-Regierung sowohl ihre Rhetorik als auch den politischen Druck gegen die Sandinisten: Die amerikanischen Massnahmen — insbesondere das Anfang Mai 1985 verfügte *Handelsembargo* — stiessen indessen auch unter den Verbündeten der USA auf wenig Verständnis, zumal sie eher dazu beitrugen, die Herrschaft der Sandinisten zu zementieren, als eine demokratische Verständigung in Nicaragua und einen Spannungsabbau im zentralamerikanischen Raum herbeizuführen.

Auch im mittlerweile über fünf Jahre währenden Bürgerkrieg in *El Salvador* kam es nicht zu einer Verständigungslösung. Immerhin trafen Vertreter der Regierung und der Guerilla erstmals zu direkten Gesprächen (am 15. Oktober in der Provinzstadt La Palma) zusammen. Der deutliche Erfolg der Christdemokraten von Präsident *Duarte* bei den Parlamentswahlen vom Frühjahr 1985 stärkte indessen zweifellos die demokratische

Legitimität der salvadorianischen Regierung gegenüber der linken Guerilla und den rechts-extremen Todesschwadronen.

Auch im Nahen und Mittleren Osten gab es wenig Anlass zu Optimismus. Vermittlungsbemühungen im *Golfkrieg* scheiterten ein übers andere Mal an der unbeugsamen Haltung des Khomeiny-Regimes, das auf der Absetzung und Bestrafung des irakischen Staatsoberchefs Saddam Hussein bestand. Während die Iraker mit Luftangriffen gegen Tanker und Handelsschiffe im Golf die Wirtschaftskraft Persiens zu schwächen trachteten, suchten die Iraner die Entscheidung auf dem Schlachtfeld: Im März 1985 brach eine weitere Grossoffensive im konzentrierten Abwehrfeuer der Iraker zusammen; gegen 80 000 Soldaten sollen in den Hawizah-Sümpfen im Süden Iraks umgekommen sein.



Einer von mehreren zehntausend iranischen Soldaten, die bei der Grossoffensive in den süd-irakischen Hawitah-Sümpfen Mitte März den Tod fanden.

Auch in *Libanon* erfüllten sich die Friedenshoffnungen nicht: Moslem- und Christenmilizen standen sich auch im zehnten Jahr nach Ausbruch des Bürgerkrieges unversöhnlich gegenüber. Beirut blieb eine geteilte Stadt, und der Einfluss, den die Regierung auf die Geschehnisse im Land ausübte, hielt sich in eng begrenztem Rahmen. Den Osten und Norden Libanons hielten syrische Truppen unter Kontrolle. Im Süden sah sich die

israelische Besatzungsmacht in einen unheilvollen Kleinkrieg, vor allem mit Kämpfern schiitischer Widerstandsbewegungen, verwickelt. Nachdem in *Israel* Mitte September — aufgrund des unentschiedenen Wahlausgangs vom 23. Juli — eine Regierung der nationalen Einheit unter Schimon Peres zustande gekommen war, beschloss das Kabinett in Jerusalem am 14. Januar 1985 einen Dreistufenplan für den *Rückzug aus Libanon*; mit der Räumung der Stadt Sidon (Mitte Februar) und dem Abzug aus der Bekaa-Ebene (im April) schritt die Rückführung der israelischen Truppen in der Folge planmässig voran. Trotz der Vertreibung der PLO blieb die Bilanz der Libanon-Intervention für den jüdischen Staat deprimierend: Mehr als 650 Soldaten hatten ihr Leben für die Illusion der Begin-Regierung lassen müssen, die israelische Nordgrenze durch einen Gewaltstreich auf Dauer abriegeln zu können.

Voraussetzungen für die friedliche Lösung einer heiklen Territorialfrage wurde indessen im *Fernen Osten* geschaffen: Nach langen Verhandlungen einigten sich Grossbritannien und China auf ein Abkommen über die Zukunft der *Kronkolonie Hongkong*: Nach Ablauf des Pachtvertrages aus dem Jahr 1898 soll Hongkong 1997 unter chinesische Hoheit zurückfallen, sein kapitalistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem jedoch während weiteren 50 Jahren beibehalten können. Am 19. Dezember 1984 wurde das Vertragswerk von den Regierungschefs der Volksrepublik und Grossbritanniens, Zhao Ziyang und Margaret Thatcher, in Peking feierlich unterzeichnet; trotz verbreiteter Skepsis wurde es auch unter den Bewohnern Hongkongs als bestmögliche Lösung gewertet, um Wohlstand und Wirtschaftswachstum über das Jahr 1997 hinaus zu gewährleisten.

Das Hongkong-Abkommen widerspiegelte zweifellos auch das pragmatische Denken der gegenwärtigen chinesischen Führung, für die es — weniger als ein Jahrzehnt nach Maos Tod — kaum noch Berührungspunkte gegenüber dem marktwirtschaftlichen System zu geben scheint. Rascher denn je veränderte sich im Berichtsjahr das Antlitz Chinas; auf

allen Gebieten der Wirtschaft machten sich Teng Hsiao-pings «Modernisierungen» bemerkbar: in der Landwirtschaft, in der industriellen Produktion, in der Zusammenarbeit mit dem Ausland und nicht zuletzt im Preissystem; als im Frühjahr 1985 die bisher vom Staat festgesetzten Preise für Grundnahrungsmittel den Marktverhältnissen angepasst wurden, schien sich China weiter als jedes andere sozialistische Land von den Lehren Marx und Lenins entfernt zu haben. Unter Beobachtern stellte sich freilich zuweilen die Frage, ob die mit dem Reformkurs verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen nicht unterschätzt wurden und ob das politische Pendel nicht gelegentlich wieder zu einem orthodoxeren Maoismus zurückschwingen könnte.

Eingeklemmt zwischen den Grossmächten bemühte sich *Westeuropa* auch im 40. Jahr seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges um mehr weltpolitisches Eigengewicht. Wohl wurden mit dem Abbau der Zollschränken und mit der Einführung eines einheitlichen EG-Reisepasses Zeichen im Hinblick auf eine weitergehende Einigung gesetzt; doch gleichzeitig erwiesen sich die nationalen Trennwände bei vielen Gelegenheiten als fast unüberwindliche Hindernisse: Wie eh und je stritt man sich im Rahmen der EG um Ausgleichszahlungen und Agrarfragen, und an diesem Zustand dürfte sich auch nach dem EG-Beitritt Spaniens und Portugals wenig ändern; immerhin konnten nach mühsamen Verhandlungen die Voraussetzungen für diese Süderweiterung (ab 1986) geschaffen werden.

Im einzelnen waren in Europa in der Berichtsperiode ebenfalls eine Reihe bemerkenswerter Ereignisse und Entwicklungen zu registrieren:

Im *britischen* Seebad Brighton misslang am 12. Oktober ein Anschlag der IRA auf Premierministerin Margaret Thatcher; doch waren unter den Delegierten des Tory-Parteitages 4 Tote und 30 Verletzte zu beklagen.

In der *Bundesrepublik* forderte die sogenannte «Parteispenden-Affäre» zwei prominente Opfer: Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Bundestagspräsident Rainer Barzel. Bei Landtagswahlen im Saarland (im

März) und in Nordrhein-Westfalen (Mai 1985) hatte die CDU schwere Niederlagen hinzunehmen, während die SPD jeweils die absolute Mehrheit errang. Auseinandersetzungen um einen Besuch US-Präsident Reagans auf einem deutschen Soldatenfriedhof (Bitburg) riefen dies- und jenseits des Atlantiks Emotionen hervor und stellten den Sinn dieser «Versöhnungsgeste» zum vornherein in Frage.

In Frankreich suchte Staatspräsident Mitterrand der schwindenden Popularität der Linksregierung durch Berufung des 38jährigen Laurent Fabius ins Premierminister-Amt beizukommen; die KPF trat darauf aus der Regierungskoalition zurück; bei Kommunalwahlen bestätigte sich der Trend zugunsten der bürgerlichen Oppositionsparteien.

In Italien starb am 11. Juni 1984 der populäre Kommunisten-Führer Enrico Berlinguer. Am 12. März 1985 erlitt die KPF bei Regionalwahlen eine empfindliche Niederlage, während die Mitte-Links-Regierung unter Bettino Craxi gestärkt daraus hervorging.

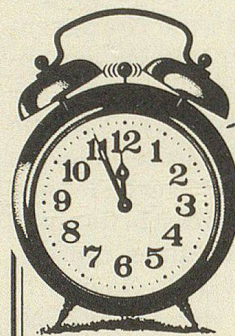
In Polen wurde am 19. Oktober der oppositionelle Priester Jerzy Popieluszko entführt und elf Tage später tot aufgefunden; seine Mörder wurden als Offiziere des polnischen Sicherheitsdienstes identifiziert.
(Abgeschlossen Mitte Mai 1985)

D Demokratie bruucht Mäntsche und kä Lüt.

*

Im suubere Züritram ine hät en Bewegte zu miir gsäit: Kapitalischteschwein. Ich bin uusgstige. Nie hett ich tänkt, das iich en ächte Uusstyger würd.

Barbara Egli



**...rechtzeitig
reagieren...**

**...denn auf Ihr
Gehör müssen
Sie sich verlassen können.**

Was die Natur uns geschenkt hat, nimmt sie uns manchmal auch wieder. Zum Beispiel das Hörvermögen. Erst unmerklich. Dann immer stärker.

Das natürliche Nachlassen des Gehörs können Sie nicht beeinflussen, dafür aber die Möglichkeit, den natürlichen Klang der Sprache so aufzunehmen, dass Sie so gut wie früher verstehen.



WALTER KURER

Akustik / Optik / Electronic / Hör- und Tonstudio

9001 St.Gallen, Frongartenstrasse 8
Telefon 071/22 22 03 / 04
Montag vormittag geschlossen

9470 Buchs SG, Bahnhofstrasse 54
(Eingang Unterstüdtli)
jeden Dienstag Telefon 085/6 11 19



Hansruedi Lutz
 Restaurieren alter Möbel
 Neue Bauernmöbel
 nach Mass
 Schiefertische mit
 Einlegarbeiten (Intarsien)
 Stabellen, Gänterli
 Bauernbuffets
 Kleinere Umbauten

Antikmöbelschreinerei
 Wüschbach 154
 9427 Wolfhalden
 Telefon 071 91 20 83